

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Attentate auf Musharraf

Präsident Musharraf entkam am 13. Dezember nur knapp einem Attentat. Unter einer Brücke, die Musharrafs Fahrzeugkonvoi auf dem Weg vom Flughafen Islamabad/Rawalpindi zur Residenz des Präsidenten kurz zuvor überquert hatte, detonierte ein dort deponierter Sprengsatz. Die Brücke wurde dabei zerstört. Tote oder Verletzte gab es nicht. Nur rund 200 Meter von dieser Stelle entfernt ereignete sich am 25. Dezember erneut ein Anschlag auf Musharraf: Zwei in mit Sprengstoff gefüllten Autos sitzende Selbstmordattentäter rammten von verschiedenen Seiten her Begleitfahrzeuge des Präsidentenkonvois und sprengten sich nach der Kollision in die Luft. Dabei starben nach offiziellen Angaben 14 Menschen, 46 weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Musharraf selbst, dessen Fahrzeug bei der Detonation erheblich beschädigt wurde, blieb unverletzt. Einer der Attentäter, Mohammad Jamil, konnte später im Rahmen der Ermittlungen als Aktivist der im Januar 2002 verbotenen militant-islamistischen Gruppierung *Jaisb-e-Mohammad* identifiziert werden, die auch an dem Terroranschlag auf das Indische Parlament im Dezember 2001 beteiligt gewesen sein soll. Jamil selbst wurde damals nach dem Verbot seiner Organisation verhaftet, aber im September 2002 wieder auf freien Fuß gesetzt.

Seit der Machtübernahme Musharrafs im Oktober 2001 gab es bislang drei ernsthafte Attentatsversuche auf den General. Der erste Anschlag wurde im April 2002 in Karachi verübt. In einer TV-Ansprache nach dem Attentat vom 13. Dezember mutmaßte der Präsident, daß er wegen seiner Unterstützung der USA im Kampf gegen den Terrorismus angegriffen worden sei.

Oppositionspolitiker kritisieren die Entscheidung der Regierung, in der pakistanischen Hauptstadt ein auf einer Verkehrsinsel stehendes Modell der Mittelstreckenrakete *Ghauri* wieder zu entfernen. Sie werfen der Regierung vor, die Rakete aus Rücksicht auf den Besuch des indischen Premiers Vajpayee in Islamabad im Rahmen des SAARC-Gipfeltreffens im Januar 2004 demontiert zu haben. Die Stadtverwaltung Islamabads bestritt dies und begründete den Abbau der Installation mit einem Verschönerungsprogramm für das Stadtgebiet. Wei-

Maulana Shah Ahmed Noorani, der Führer des oppositionellen Parteienbündnisses *Muttahida Majlis-e-Amal* (MMA), starb am 11. Dezember nach einem Herzinfarkt im Alter von 78 Jahren. Sprecher dieses Bündnisses islamischer Parteien drückten ihre tiefe Trauer über den Tod Nooranis aus, der rund 40 Jahre politisch aktiv war. Erstmals wurde er 1970 ins Parlament gewählt und gehörte als langjähriger Vorsitzender der sunnitischen *Jamiat Ulema-e-Pakistan* zu den profiliertesten Politiker-

Während eines Arbeitstreffens der Südasiatischen Staatengemeinschaft (SAARC) Mitte November in Delhi überreichte Informationsminister Sheikh Rashid Ahmed dem indischen Premierminister Vajpayee eine offizielle Einladung seines pakistanischen Kollegen Jamali zum zwischenzeitlich mehrfach vertagten SAARC-Gipfeltreffen. Im Mittelpunkt der Beratungen dieses Gipfels, der im Januar 2004 in Islamabad stattfand, stan-

Streit um Raketenmodell in Islamabad

tere auf öffentlichen Plätzen aufgestellte Raketenmodelle sowie eine Plastik der Chagai-Berge (Anm. d. Red.: In diesem in Balochistan gelegenen Bergmassiv fanden im Mai 1998 die pakistanischen Nukleartests statt) sollen dagegen erhalten bleiben, heißt es unter Berufung auf offizielle Angaben in Presseberichten. Auch die Straßenschilder an der Stadtautobahn von Islamabad mit Entfernungangaben in Richtung Srinagar, der zu Indien gehörenden Hauptstadt Kashmirs, werden demnach nicht angetastet.

Oppositionsführer gestorben

persönlichkeiten des islamischen Parteienspektrums des Landes. Im Gegensatz zu anderen Führern und vielen Aktivisten der islamischen Parteien galt Noorani immer als Gegner einer Regierungsbeeiligung der pakistanischen Armee. Zuletzt setzte sich Noorani als einer der Architekten der MMA für die Bündelung der islamischen Parteien ein. Seit der Gründung dieses Parteienbündnisses bekleidete er das Amt des MMA-Präsidenten.

Vajpayee in Islamabad

den vor allem Handelsfragen. Im Vorfeld der SAARC-Konferenz kam es überraschend auch zu einem viel beachteten Treffen zwischen dem indischen Premier und Präsident Musharraf, das nach Einschätzung von Beobachtern zu einer weiteren Entspannung der Beziehungen beider Länder beitrug. Konkrete Ergebnisse der Beratungen wurden im Anschluß an die Begegnung jedoch nicht genannt.

... Im Überblick ...

Musharraf in Peking und Seoul

Zum Abschluß eines dreitägigen Staatsbesuchs in der chinesischen Hauptstadt wurden Anfang November mehrere bilaterale Abkommen unterzeichnet, etwa zum Außenhandel, zur Ausweisung von Häftlingen und eines chinesischen Kredites im Volumen von 500 Millionen US-Dollar. Zudem vereinbarten beide Seiten, in Zukunft Maßnahmen gegen muslimische Separatisten im Nordwesten Chinas miteinander abzustimmen. Entgegen verbreiteten Erwartungen wurde aber kein Abkommen zum Bau eines weiteren chinesischen Atomkraftwerkes in Pakistan unterzeichnet; in diesem Zusammenhang wurde einzig auf den erzielten Konsens über ein solches Kraftwerk am Indus verwiesen.

Dieser Staatsbesuch, das erste Zusammentreffen Musharrafs mit dem neuen chinesischen Staatschef Hu Jintao, stand zudem unter dem Eindruck der in der

jüngsten Vergangenheit wieder aufgenommenen Beratungen zwischen Indien und China. Ein Staatsbesuch des indischen Regierungschefs Vajpayees in Peking hat in jüngster Zeit zu ersten Annäherungen und Kooperationen dieser früheren Gegner geführt.

Nach Abschluß des Staatsbesuchs in China reiste Präsident Musharraf weiter nach Seoul, der Hauptstadt Südkoreas. Laut Pressemeldungen von Anfang November bekräftigte Musharraf, daß nach dem Bezug nordkoreanischer Raketentechnologie die Rüstungsbeziehungen zwischen beiden Staaten inzwischen beendet seien. Zugleich widersprach Musharraf dem wiederholt erhobenen Vorwurf, daß Pakistan als Gegenleistung für die nordkoreanische Raketentechnologie diesem Staat Einrichtungen zur Urananreicherung geliefert habe.

Weitere Islamistengruppen verboten

Ende November 2003 verbot die pakistanische Regierung wegen extremistischer Aktivitäten und politischer Hetze drei Islamistengruppen. Darunter ist auch die *Jamiat-ul Furqan*, deren Mitgliedern eine Verbindung zum Mord am US-amerikanischen Journalisten Daniel Pearl vorgeworfen wird. Die übrigen betroffenen Gruppen sind die *Hizbul Tebreer*, eine panislamische Gruppe mit Netzwerken unter anderem in Großbritannien, sowie die *Jamiat-ul Ansar*.

Nach offiziellen Angaben sind diese Verbote Teil der Anti-Terrorismusstrategie der Regierung, welche noch weiter fortgesetzt werde. Im Gegensatz zu den Massenverhaftungen im vergangenen

Jahr, denen in aller Regel kurz darauf die Freilassung der Inhaftierten folgte, dürften die Aktivisten der diesmal betroffenen Organisationen gegen Zahlung einer im Kautions auf freiem Fuß bleiben. Nach Presseberichten mußten insgesamt rund 600 Mitglieder verbotener Gruppen Kautionszahlungen in Höhe von jeweils 100.000 Rupien (ca. 1.800 Euro) leisten. Die *Muttahida Majlis-e-Amal* (MMA), ein Bündnis islamischer Parteien und zweitstärkste Kraft der Opposition im Parlament, verurteilte diese jüngsten Verbote als „Diktat der USA“. Die US-Botschafterin in Pakistan begrüßte dagegen das Vorgehen der Regierung.

Todesstrafe wegen Blasphemie

Ein 55-jähriger Muslim, der im Juli 2003 in einem Dorf im Punjab unter Blasphemieverdacht geriet, ist im November 2003 von einem Gericht in erster Instanz zum Tode verurteilt worden. Der Verurteilte streitet diese Vorwürfe ab und wird dem Vernehmen nach gegen das Urteil Berufung einlegen. Bislang wurden alle in Blasphemieprozessen verhängten Todesstrafen in solchen Berufungsverfahren von höheren Gerichtsstufen wieder aufgehoben. Presseberichte verweisen darauf, daß die Richter in den erstinstanzlichen Schnellverfahren die Todesurteile oft nur aus Angst vor den Reaktionen fundamentalistischer Gruppen verhängen. Aufgrund solcher Verfahrensmängel und der zu beobachtenden Tendenz, per Blasphemievorwurf private Nachbarschaftskonflikte wie Grundstücksstreitigkeiten zu „lösen“, fordern Menschenrechtsgruppen eine Reform der Blasphemiegesetze. Eine solche Reform lehnt Präsident Musharraf jedoch bislang ab.

Oppositionspolitiker verhaftet

Makhdoom Javed Hashmi, Präsident der oppositionellen *Alliance for the Restoration of Democracy* (ARD) und führender Politiker des Nawaz Sharif-Flügels der *Pakistan Muslim League*, ist Ende Oktober letzten Jahres verhaftet worden. Hashmi, einer der schärfsten Kritiker Präsident Musharrafs, soll die Armee diffamiert und zur Rebellion aufgerufen haben, hieß es zur Begründung. Sprecher der Opposition werteten die Verhaftung ihres Vorsitzenden als rein politisch motivierten Schlag gegen die gesamte Oppositionsbewegung.

... Im Überblick ...

Waffenstillstand in Kashmir

Ende November 2003 kündigte Premierminister Jamali zum ersten Jahrestag seiner Amtsübernahme als Aktion des Guten Willens gegenüber dem indischen Nachbarn einen Waffenstillstand entlang der kashmirischen Kontrolllinie an. Der Waffenstillstand sollte demnach mit dem Abschluß der Fastenzeit, dem *Eid-al-Fitr*-Feiertag, in Kraft treten. Dieses Angebot gilt zudem als Reaktion auf die überraschenden indischen Angebote vertrauensbildender Maßnahmen vom Oktober 2003. Die indische Offerte schloß allerdings keinen direkten Dialog über Kashmir ein.

Indien reagierte positiv auf das Waffenstillstandsangebot und kündigte eine Erweiterung auch auf den umkämpften

Siachen-Gletscher an. Nur wenige Tage nach dem pakistanischen Angebot erhielten die Grenztruppen auf beiden Seiten den Befehl, die Gefechte einzustellen. Indien geht aber nur dann von einem dauerhaften Waffenstillstand aus, wenn die Grenzübertritte militanter Gruppen von pakistanischem Territorium eingestellt werden. Sprecher der kashmirischen Milizen werden in Presseberichten zitiert, daß sie sich nicht an den bilateralen Waffenstillstand gebunden fühlen und ihren Guerillakampf fortsetzen wollen. Demgegenüber reagierte die Bevölkerung beiderseits der umstrittenen Grenze mit Freude auf den Waffenstillstand und Kinder konnten erstmals wieder gefahrlos im Freien spielen.

Anfang Dezember erweiterte Präsident Musharraf das Angebot an die indische Seite um einen Truppenabzug aus den von Pakistan verwalteten Teilen Kashmirs, sofern auch Indien seine Truppen zurückziehe. Nach pakistanischen Angaben betrifft dies rund 5.000 Soldaten auf pakistanischer und bis zu 700.000 Soldaten auf indischer Seite. Politische Beobachter bewerten die Erfolgsaussichten dieses Angebots von Seiten Musharrafs in Presseberichten jedoch als skeptisch: Da Indien Kashmir als integralen Bestandteil des eigenen Staatsgebietes betrachtet, leitet es daraus das legitime Recht auf die Stationierung von Sicherheitskräften ab, die zudem für den Kampf gegen die Guerillakräfte notwendig seien.

AIDS-Programm gestartet

Die pakistanische Regierung, die bislang die Existenz eines AIDS-Problems in der Islamischen Republik stets leugnete, startete Mitte November 2003 ein umfangreiches Programm zu Eindämmung der AIDS-Gefahr. Die in offiziellen Statistiken ausgewiesenen und im Vergleich zu Indien erstaunlich niedrigen AIDS- und HIV-Fallzahlen wurden bislang wiederholt auf die moralischen und ethischen Wertesysteme innerhalb der muslimischen Gesellschaft zurückgeführt. Offizielle Schätzungen gehen derzeit von rund 70.000 bis 80.000 HIV-infizierten Menschen aus, von denen wiederum rund 2.000 an AIDS erkrankt sind. Unabhängige Experten erwarten aber in Zukunft deutlich höhere Zahlen und schließen einen ähnlich drastischen Anstieg wie in anderen muslimischen Staaten nicht aus. Die Unsicherheit der Statistiken wird neben den allgemeinen Mängeln des Gesundheitssystems auch auf die gesellschaftliche Stigmatisierung der Krankheit und der Betroffenen zurückgeführt, so daß sich nur wenige dazu offen bekennen.

Mitarbeiter karitativer Organisationen sehen keinen grundlegenden Unterschied zwischen der Situation in Indien, wo die

Krankheit schon weit um sich gegriffen hat, und der in Pakistan. Auch in Indien sei die Gefahr bis vor drei Jahren noch verharmlost worden. Als zentrale Rahmenbedingungen für die AIDS/HIV-Ausbreitung gelten eine weitverbreitete Armut, eine schwache Position der Frauen in der Gesellschaft sowie die Verbreitung intravenös eingenommener Drogen.

UNICEF-Vertreter sehen Südasien an einem kritischen Punkt, von dem aus sich die Infektion rasch zu einer Epidemie entwickeln könne. Für Pakistan gibt es laut UNICEF-Einschätzung wohl noch eine Chance, wenn innerhalb von fünf Jahren ein erfolgreiches AIDS-Programm umgesetzt werde, was allerdings vor dem Hintergrund der bisherigen Defizite im Gesundheitssektor eine massive Herausforderung darstelle. UNICEF brachte Anfang Dezember wichtige Führer der fünf großen Religionsgruppen - Hindus, Muslime, Christen, Buddhisten und Bahai - im Rahmen einer internationalen Konferenz in Kathmandu zusammen, um auch die Religionsgemeinschaften und deren Gläubige auf die drohende AIDS/HIV-Gefahr für den Subkontinent zu sensibilisieren.

Pakistanisch-indisches Filmprojekt

Ein bislang einzigartiges grenzüberschreitendes Filmprojekt wurde Ende November in den Vertrieb gebracht. Im Film *„Larki Punjaban“* (Punjabisches Mädchen) verliebt sich eine junge Sikh-Frau aus dem indischen Punjab in einen Pakistani. Zwar unterscheidet sich die Geschichte nach Angaben der beiden Produzenten - je einer aus Indien und aus Pakistan - nicht von denen üblicher *„Bollywood“*-Romanzen und Musikfilmen. Doch liegt der Unterschied darin, daß die Nachbarn jenseits der Grenze nicht als Schurken oder Dämonen porträtiert werden. Dies stellte die Zensurbehörden in Indien und Pakistan vor eine ungewohnte Herausforderung. Bis zuletzt war es unsicher, ob der Film überhaupt freigegeben wird. Denn seit 1965 sind indische Filme in Pakistan verboten, auch wenn sie unter der Hand als Raubkopien im Umlauf sind. Der in den beiden Landessprachen Urdu und Hindi gedrehte indisch-pakistanische Streifen erlebte allerdings seine Erstaufführung Anfang November im englischen Bradford, dem Sitz des Marketingmanagements.

... Im Überblick

Commonwealth: Pakistan bleibt suspendiert

Beim jüngsten Gipfeltreffen der Commonwealth-Staaten in Nigeria Anfang Dezember 2003 wurde die 1999 erfolgte Suspendierung Pakistans nach der Machtübernahme durch General Musharraf bestätigt. Die Wiederaufnahme wird laut Presseberichten an Fortschritte der demokratischen und rechtlichen Reformen sowie an die Niederlegung der Armeeführung durch General Musharraf geknüpft. Ein konkreter Kritikpunkt, unter anderem aus indischer Perspektive, ist hierbei die sogenannte *Legal Framework Order*. Einige westliche Repräsentanten plädierten bei diesem Gipfeltreffen für die Wiederaufnahme Pakistans als Anerkennung der Kooperation des Landes mit den USA im Kampf gegen den Terrorismus.

Gewalt gegen Journalisten

Die Menschenrechtsgruppe *Human Rights Watch* mit Sitz in New York wirft der pakistanischen Regierung in einem offenen Brief an Präsident Musharraf vor, daß die Gewalt gegen Journalisten zugenommen habe. In der vierjährigen Amtszeit Musharrafs sei die Pressefreiheit allgemein weiter erodiert, heißt es in dem Schreiben. So werden laut *Human Rights Watch* Journalisten systematisch bedroht, ohne Grund verhaftet oder auch gefoltert. Als Beispiele dokumentiert der offene Brief die Fälle von Amir Mir, Redakteur des Monatsmagazins *Herald*, sowie von Rasheed Azam, einem Journalisten aus Balochistan. Informationsminister Sheikh Rashid Ahmed wies diese Vorwürfe als substanzlos zurück, denn gerade die kritische Berichterstattung des *Herald* seien ein Beweis für die in Pakistan garantierte Pressefreiheit.

Taliban-Chef Mullah Omar in Pakistan?

Laut Meldungen afghanischer Medien hielt sich der ehemalige Taliban-Chef Mullah Omar Ende 2003 in Pakistan auf. Auf entsprechende Anschuldigungen des afghanischen Übergangspräsidenten Karzai, daß Pakistan nicht genügend gegen die Infiltration von Taliban und *al-Qaida*-Aktivisten nach Afghanistan unternehme und obendrein Mullah Omar nicht festgenommen habe, reagierte Präsident Musharraf in einem Interview sehr verärgert. Bei rechtzeitiger Kenntnis solcher Informationen hätten die pakistanischen Sicherheitskräfte Mullah Omar selbstverständlich verhaftet. Schließlich habe kein anderes Land in ähnlich großem Umfang Anstrengungen gegen Terroristen unternommen wie Pakistan, so das Staatsoberhaupt weiter.

Indisch-pakistanische Grenze öffnet sich für Reisende

Neben dem Waffenstillstandsangebot an Indien bekräftigte der pakistanische Premier Jamali in seiner Rede zum ersten Jahrestag seiner Amtsübernahme mit mehreren Punkten die Gegenangebote zur indischen Offerte vom Oktober 2003 zu gegenseitigen vertrauensbildenden Maßnahmen. Hierbei stellte Jamali die Bereitschaft heraus, über eine Busverbindung zwischen Srinagar und Muzaffarabad über die kashmirische Kontrolllinie hinweg zu verhandeln. Hierbei möchte Pakistan die Abwicklung der Grenzformalitäten der UN-Beobachtergruppe übertragen, deren Mandat von indischer Seite jedoch nicht anerkannt wird. Die bereits laufenden bilateralen Beratungen über eine Fährverbindung zwischen Karachi und Mumbai sowie über eine Straßenverbindung im Sindh machen da-

gegen Fortschritte. Seit Dezember wird zudem über die Wiedereinrichtung einer Bahnverbindung zwischen Pakistan und Indien verhandelt.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2003 ist es auch den indischen und pakistanischen Fluggesellschaften wieder erlaubt, Flüge zwischen den beiden Staaten sowie generell über deren Territorien durchzuführen. Dies ist das Ergebnis bilateraler Gespräche in Delhi vom 30. November 2003, welche zuvor mehrfach verschoben oder wegen mangelnder Ergebnisse vertagt worden waren. Pakistanische Politiker sehen in dieser Übereinkunft einen wichtigen politischen Durchbruch auf dem Weg zu besseren nachbarschaftlichen Beziehungen.

Die nach dem Angriff auf das indische Parlament im Dezember 2001 auf-

gekündigten Überflugrechte hatten den nationalen Fluggesellschaften hohe finanzielle Ausfälle beschert, da entweder weite Umwege in Kauf genommen werden mußten oder Flugverbindungen gänzlich ausfielen und von Fluggesellschaften aus Drittstaaten übernommen wurden.

Nach pakistanischen Presseberichten wird *Pakistan International Airlines* (PIA) zugestanden, Flüge mit B 747-Jumbojets nach Neu Delhi und nach Mumbai aufzunehmen, wobei PIA auch ein drittes Ziel, etwa Chennai, Bangalore oder Hyderabad, ansteuern möchte. *Indian Airlines* plant im Gegenzug auch Flüge nach Islamabad. In der Anfangszeit sind fünf wöchentliche Flüge zwischen Delhi und Islamabad, vier zwischen Delhi und Karachi sowie drei zwischen Karachi und Mumbai geplant.